

## KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

### ■ Britischer Aktivist vor Gericht

Andy Hall steht seit September wegen Diffamierung vor Gericht. Er hatte für die Organisation *Finnwatch* einen Artikel über die thailändische Firma *Natural Fruit Company* geschrieben, der die Anklage vor Gericht nach sich zog. Darin setzt sich Hall für die Rechte der Arbeiter ein, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, und kritisiert die aktuelle Praxis vieler Großunternehmen in Thailand. Sollte er schuldig gesprochen werden,

droht ihm eine Gefängnisstrafe von bis zu acht Jahren. Die *Natural Fruit Company* fordert zudem zehn Millionen US-Dollar für den angeblich entstandenen Rufschaden. Europäische Gewerkschaften und NGOs forderten die Firma mehrfach dazu auf, die Anklage fallen zu lassen, Hunderttausende unterschrieben Petitionen für Hall. Bis jetzt ohne Erfolg. Der Fall soll einen politischen Hintergrund haben – der Besitzer von *Natural Fruit* ist der Bruder eines

hohen Politikers. Weltweit kritisieren Aktivisten, dass die thailändische Regierung durch die Zulassung des Falles vor Gericht und ihrer Verteidigung von *Natural Fruit* die Missbräuche an Arbeitnehmern, insbesondere Migranten, deckt. Zuletzt war die amtierende Regierung durch das strikte Vorgehen gegen Migranten in unterschiedlichen Sektoren weltweit negativ in die Schlagzeilen geraten.

BBC 2.9.14, *The Guardian* 1.9.2014

Die Autorin arbeitet bei der Diakonie Katastrophenhilfe und war vorher für die *Raks Thai Foundation* in Bangkok und Südthailand tätig.

### ■ 100 Tage nach dem Coup

Menschenrechtsaktivisten sprachen im September 2014, circa 100 Tage nach dem Militärputsch, von Rechtsmissbräuchen, die zu einem Klima der Angst in Thailand geführt haben. Sie fordern ein Ende des Kriegsrechts und beschuldigen den Armeechef und nun amtierenden Premierminister Prayuth Chan-ocha, dass sich seine Regierung in einer rechtlichen Grauzone bewege, indem sie öffentliche politische Versammlungen verbiete sowie Kritiker der Militärregierung ohne Anklage bis zu sieben Tagen gefangen halte. *Amnesty International* wirft der Militärregierung in ihrem Report

›Attitude adjustment – 100 days under Martial Law‹ systematische willkürliche Verhaftungen und Gefangenhaltung hunderter Personen vor, ebenso die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, eine noch nie dagewesene Anwendung des Les-Majeste-Gesetzes gegen Kritiker und hartes Durchgreifen gegen freie Medien. Zwar habe die Militärregierung auf den internationalen Druck reagiert, sei aber noch nicht soweit, seine Menschenrechtsverpflichtungen wirklich einzuhalten, so Rupert Abbott, *Amnesty International*-Vizedirektor für Asien-Pazifik. Auch nachdem die EU Ende Juni 2014 starke

Bedenken bezüglich der Inhaftierung politischer Gegner äußerte, sind weite Änderungen noch nicht erfolgt. Laut Abbott befindet sich Thailand an einem wichtigen politischen Scheideweg: die Militärregierung erwägt die Prüfung der nächsten Schritte des ›Fahrplans zur Demokratie‹, der Wahlen frühestens Ende 2015 vorsieht. Zusätzlich müssen jedoch auch die Behörden das repressive Vorgehen und die Menschenrechtsverstöße einstellen und Meinungs- und Pressefreiheit gewährleisten.

Deutsche Welle, 11.9.2014

### ■ Gericht nimmt Xayaburi Staudamm-Fall an

Das Oberste Verwaltungsgericht wird sich einem Fall annehmen, den 37 Dorfbewohner aus dem Grenzgebiet zwischen Laos und Thailand im Juni 2014 vorgebracht haben. Diese wollen die *Electricity Generating Authority of Thailand* (EGAT) verklagen. Sie werfen ihr vor, die Öffentlichkeit nicht genügend über das Staudammprojekt informiert und keine ausreichenden umwelttechnischen Untersuchungen vor

Beginn des Baus durchgeführt zu haben. Zwar wird die Anklage den Bau des Xayaburi-Damms, der sich auf laotischer Seite befindet, nicht stoppen, allerdings hat sich EGAT dazu verpflichtet, 95 % des erzeugten Stroms zu erwerben. Die Klage könnte daher erhebliche ökonomische Dimensionen für die Behörde haben und zukünftig Investoren abschrecken. Aktivisten protestieren seit Jahren gegen den Bau von Däm-

men entlang des Mekong-Flusses, da diese nicht nur weitreichende Auswirkung auf das Ökosystem der Region haben, sondern im Zuge der Bauprojekte ganze Dörfer, oft ohne ausreichende Kompensationszahlungen und Zustimmung, umgesiedelt werden. Die in der Klage genannten Behörden müssen sich in den kommenden Monaten äußern, der Prozess kann über ein Jahr dauern.

*National Geographic* 11.7.2014